

PLANZONENERKLÄRUNG

ART DER BAULICHEN NUTZUNG

WS	Kleinsiedlungsgebiet	GE	Gewerbegebiet
WR	Reines Wohngebiet	GI	Industriegebiet
WA	Allgemeines Wohngebiet	SW	Wochenendhausgebiet
MD	Dorfgebiet	SO	Sondergebiet
MI	Mischgebiet	SO	Sondergebiet
MK	Kerngebiet	SO	Sondergebiet

MASS DER BAULICHEN NUTZUNG

z.B. III Zahl der Vollgeschosse, Höchstgrenze

III Zahl der Vollgeschosse, zwingend

G Zusätzliches Garagengeschoss

0.4 Grundflächenzahl

0.7 Geschosflächenzahl

3.0 Baumassenzahl

o Offene Bauweise

△ Nur Einzel- u. Doppelhäuser zulässig

g Geschlossene Bauweise

F Flachdach

S Satteldach

w Walmdach

D Dachneigung (Altgrad)

Art der baulichen Nutzung

Zahl der Vollgeschosse	Bauweise
Dachform	Dachneigung
Grundflächenzahl	Geschosflächenzahl

- Baulinie (zwingender Anbau)
- - - Baugrenze (ein Zurücktreten parallel zur Hauptgebäudeorientierung ist zulässig)
- Hauptgebäudeorientierung
- Nichtüberbaubare Grundstücksflächen
- Überbaubare Grundstücksflächen

- BAULICHE ANLAGEN FÜR DEN GEMEINBEDARF
- Flächen oder Baugrundstücke für den Gemeinbedarf
 - Verwaltungsgebäude
 - ▲ Schule
 - ⊕ Kirche
 - ⊕ Kindergarten
 - ⊕ Feuerwehr
 - ⊕ Post
 - ⊕ Hallenbad
 - ⊕ Altenheim

- GRÜNFLÄCHEN
- Grünflächen
 - Parkanlage
 - Friedhof
 - Badeplatz
 - Sportplatz
 - Bäume zu erhalten
 - Bäume zu pflanzen
 - ⊕ Kinderspielplatz
 - ⊕ Zeltplatz
 - ⊕ Dauerkleingärten

- VERSORGUNGSANLAGEN
- Flächen für Versorgungsanlagen u. dergl.
 - ⊕ Umformerstation
 - ⊕ Wasserbehälter
 - ⊕ Brunnen
 - ⊕ Pumpwerk
 - ⊕ Kläranlage
 - ⊕ Wasserwerk
 - ⊕ Elektrizitätswerk
 - ⊕ Gasdruckreglerstation

- VERKEHRSFLÄCHEN
- Straßenverkehrsflächen
 - Verkehrsgrünflächen
 - Zufahrtsverbot
 - Flächen für Aufschüttungen
 - Flächen für Abgrabungen
 - Flächen f. die Landwirtschaft
 - Flächen f. die Forstwirtschaft
 - Wasserflächen

- SONSTIGE FLÄCHENNUTZUNGEN
- Flächen f. die Landwirtschaft
 - Flächen f. die Forstwirtschaft
 - Wasserflächen

SONSTIGE DARSTELLUNGEN U. FESTSETZUNGEN

- Stellplätze
- Garagen
- M.Geh-(G) Fahr(F) u. Leitungsrechten (L) zu belastende Fläche
- Von der Bebauung freizuhaltende Grundstücke
- Abgrenzung unterschiedlicher Nutzungen
- Grenze d. räumlichen Geltungsbereiches d. Bebauungsplanes

- KENNEICHNUNGEN UND NACHRICHTLICHE OBERNAHMEN
- Umgrenzung der Flächen, die dem Natur- oder Landschaftsschutz unterliegen.
 - Naturschutz
 - Landschaftsschutz
 - Umgrenzung der Flächen mit wasserrechtlichen Festsetzungen
 - W Wasserschutzgebiet
 - U Überschwemmungsgebiet
 - Q Quellenschutzgebiet
 - SAN Sanierungsgebiet
 - Flächen für Bahnanlagen

FESTSETZUNGEN DURCH TEXT

Mindestgröße der Baugrundstücke

Freistehendes Gebäude 600 m²

Anbau an einer Grenze 400 m²

Anbau an zwei Grenzen 200 m²

Bei Gebäuden in Hanglage ist unter Einhaltung der Gesamtgeschosflächen ein entsprechender Ausbau des Kellergeschosses im Rahmen des § 57 HBO zulässig.

STELLPLATZE UND GARAGEN

Garagen sind auch an der Nachbargrenze zulässig. Wenn Garagen zweier benachbarter Grundstücke an der gemeinsamen Grenze errichtet werden, sind sie als Doppelgaragen mit einheitlicher Gestaltung zusammen zu fassen. Für Garagen sind die Bestimmungen der BauVO über Baulinien u. Baumränder nicht verbindlich.

ERFORDERLICHE ANZAHL DER STELLPLATZE

Einfamilienhäuser 2 Stellplätze, Zweifamilienhäuser 3 Stpl., Dreifamilienhäuser 4 Stpl., Vierfamilienhäuser 5 Stpl., Mehrfamilienhäuser ab 5 Stpl. 7,1 Stpl. je WE. Bruchteile werden auf volle Stellplätze aufgerundet.

STRABENGEITIGE EINFRIEDIGUNGEN

Lebende Hecke max. Höhe 0,80 m.

Sonstige Einfriedigungen ausnahmsweise zulässig, wenn max. Höhe 0,80 m mit Hinterpflanzung durch Hecke od. Buschwerk nicht verbindlich.

SOCKELHÖHE (BERGSEITIG)

Die Sockelhöhe der Gebäude darf 0,80 m nicht überschreiten. Sie wird gemessen von OK. Erdgeschosfußboden bis zum Geländeanschluß.

DACHGAUBEN

sind ab 35° Dachneigung zulässig

Bei allen Bauvorhaben, die mit der Zahl der Vollgeschosse unter der festgelegten Zahl der Vollgeschosse (Höchstgrenze) liegen, darf die zulässige BZ den jeweiligen Höchstwert nach § 17 Abs. 1 BauVO nicht überschreiten. In diesen Fällen sind ebenfalls Dachformen und Neigungen wie in den 1-geschossig ausgewiesenen Baugebieten zulässig. Die Grundstücke sind zur Landstraße hin lückenlos ohne Tor und Tür einzufriedigen. Ausnahme: Fußgängerzugang (Treppe) zum geplanten Gehweg.

Die festgelegten Dachneigungen und Dachformen gelten nicht für Nebenanlagen.

- Z 267 Verbot der Einfahrt
- Z 209 vorgesch. Fahrtricht. rechts
- Z 810 Landwirtschaftlicher Verkehr frei.
- Z 210 vorgesch. Fahrtricht. links
- Z 220 Einbahnstrasse

- NACHRICHTLICHE EINTRAGUNGEN
- Vorhandene Bebauung
 - Vorhandene Flurstücksgrenze
 - Vorgeschlagene Flurstücksgrenze
 - Flurstückskennzeichnung
 - Höhenlinie
 - Flurgrenze
 - A ABRUCH

Zu diesem Plan gehört die Begründung vom ... 21.6.1976 ...

1. AUFSTELLUNGS- UND GENEHMIGUNGSVERMERKE NACH DEN BESTIMMUNGEN DES BBauG VOM 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256 BER. S. 3517) IN VERBINDUNG MIT DER BAUNVO VOM 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763) UND DER PLANZO VOM 19.1.1965 (BGBl. I S. 21)

2. AUFSTELLUNG DES BEBAUUNGSPLANES DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG BESCHLOSSEN AM ... 2.9.1974 ...

GEMEINDE WAHLSBURG
DER GEMEINDEVORSTAND
BÜRGERMEISTER

3. BEBAUUNGSPLANENTWURF UND SEINE AUSLEGUNG DURCH DIE GEMEINDEVERTRETUNG BESCHLOSSEN AM ... 22.9.1976 ...

GEMEINDE WAHLSBURG
DER GEMEINDEVORSTAND
BÜRGERMEISTER

4. DER PLANENTWURF HAT IN DER ZEIT VOM ... 27.12.1976 ... BIS ... 28.1.1977 ... ÖFFENTLICH AUSGELIEGEN.

GEMEINDE WAHLSBURG
DER GEMEINDEVORSTAND
BÜRGERMEISTER

5. DER BEBAUUNGSPLAN IST ALS SATZUNG-REMASS § 10 BAUG VON DER GEMEINDEVERTRETUNG AM ... 14.3.1978 ... BESCHLOSSEN WORDEN.

GEMEINDE WAHLSBURG
DER GEMEINDEVORSTAND
BÜRGERMEISTER

GENEHMIGT

mit Verfügung vom ... 16.8.1978 ...

III/3c-III/3d-61d 04-01 (11)-

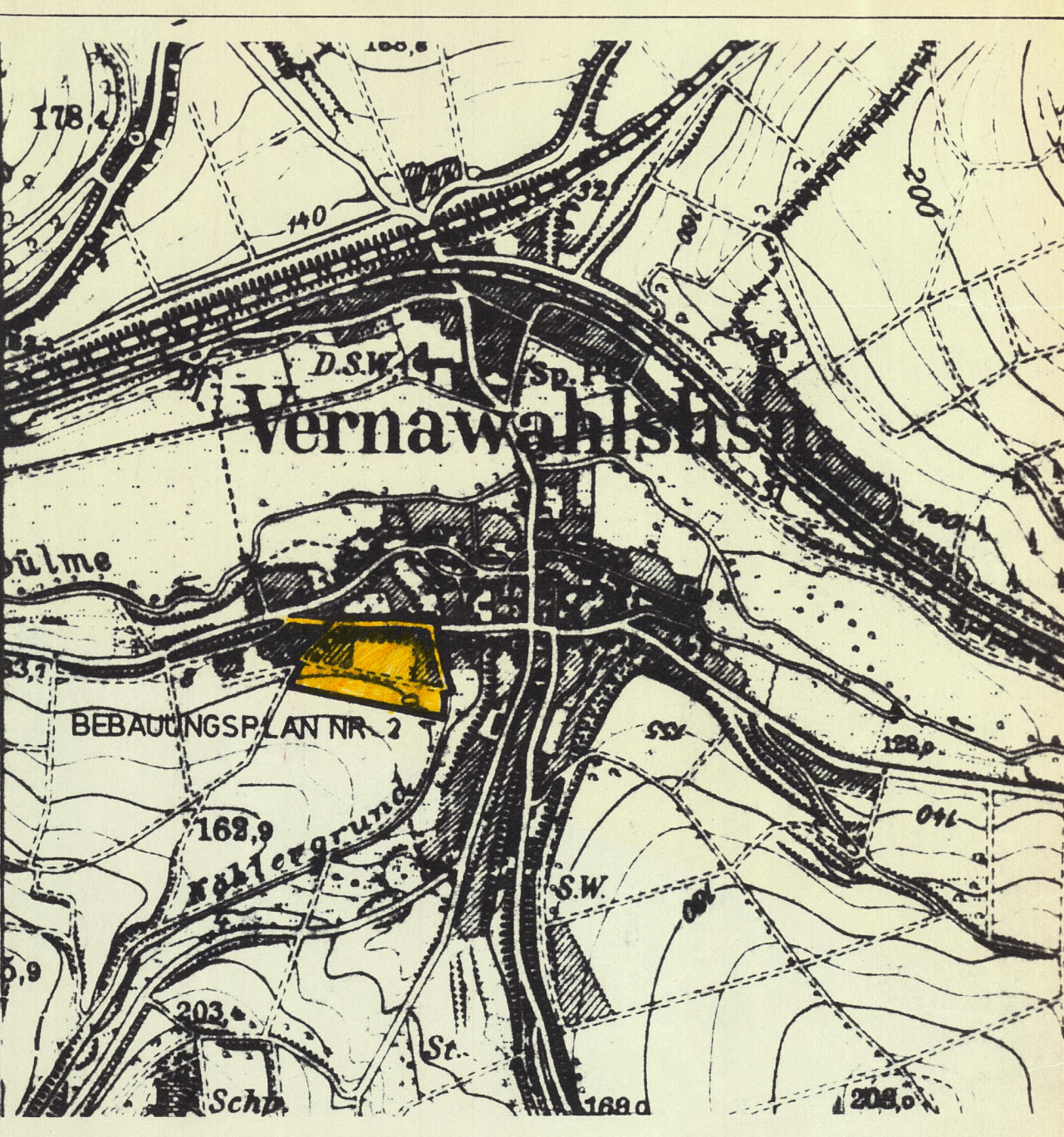
Kassel, den ... 16. Aug. 1978

DER REGIERUNGSPRÄSIDENT
im Auftrag

7. DIE BEKANNTMACHUNG DER GENEHMIGUNG DES BEBAUUNGSPLANES WAR GEMASS HAUPTSATZUNG MIT ABLAUF DES ... 22.9.1978 ... VOLLENDET.

MIT DIESER BEKANNTMACHUNG WIRD DER BEBAUUNGSPLAN RECHTSVERBINDLICH.

GEMEINDE WAHLSBURG
BÜRGERMEISTER



GEMEINDE WAHLSBURG
O.T. VERNAWAHLSHAUSEN
BEBAUUNGSPLAN NR. 2 IM WESTERFELDE

ÜBERSICHTSPLAN M. 1:10 000

BEARBEITET	21.6.1976	JE/SEE	3. AUSFERTIGUNG
KREISPLANUNGSAMT KASSEL		ÄNDERUNGEN	MASSTAB
		19.11.1976 BAN.	
		10.5.1978 BAN.	
			1:1000

Zu diesem Plan gehört die Begründung vom ... 21.6.1976 ...